

**Kommunal-Newsletter der
AG Kommunalpolitik
Nr. – 10. Juli 2008**



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE. übermitteln wir euch aktuelle Informationen zu verschiedenen kommunal relevanten Themen aus EU, Bund, Ländern und Kommunen. Wie immer nehmen wir sehr gern weiterführende Hinweise oder Verbesserungen zur Gestaltung des Kommunal-Newsletters entgegen. Um möglichst Viele zu erreichen, wären wir euch auch dankbar, wenn ihr den Kommunal-Newsletter weiter verschicken oder empfehlen würdet.

Wir archivieren den Newsletter unter der Adresse

<http://die-linke.de/politik/kommunal/kommunalnewsletter/>.

Interessantes aus den Kommunen findet Ihr hier:

http://die-linke.de/politik/kommunal/aktuelles_aus_den_kommunen/

Der nächste Newsletter erscheint erst wieder Ende August. Bis dahin wünschen wir euch erholsame Sommertage.

Mit freundlichen Grüßen

Katrin Kunert (MdB), Petra Brangsch, Felicitas Weck und Manfred Klaus

D i e I n h a l t e

- 1. Bundesweite Konferenzen der Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE.**
- 2. Parlamentarische Initiativen**
- 3. Themen**
 - 3.1. Demokratie**
 - 3.2. Daseinsvorsorge**
 - 3.3. Kommunalfinanzen**
 - 3.4. Öffentliche Auftragsvergabe**
 - 3.5. Soziales und Gesundheit**
 - 3.6. Klimaschutz**
 - 3.7. Umwelt und Energie**
 - 3.8. Verkehr**
 - 3.9. Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung**
- 4. Veranstaltungen**
- 5. Veröffentlichungen**
- 6. Personalien – Linke Mandate**
- 7. Kontakte**

1. Bundesweite Konferenzen der Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE

14. Juli 2008, 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr in Straubing

Leben und Leben lassen - für einen Tourismus, von dem alle profitieren

Während der Tourismus in deutschen Großstädten boomt, haben es ländliche Regionen schwer. Am Beispiel Ostbayerns diskutieren wir die Lage der Tourismuswirtschaft und insbesondere der im Tourismus Beschäftigten. Saisonale Beschäftigung, Konkurrenz aus dem Ausland und die Auswirkungen des Klimawandels sind Herausforderungen, denen sich viele Regionen stellen müssen, aber welche Möglichkeiten haben sie?

http://www.linksfraktion.de/termin_der_fraktion.php?artikel=1657935454

19. Juli 2008

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren: Einstieg in einen Öffentlichen Beschäftigungssektor!

Symposium mit Harald Werner, Kornelia Möller, Barbara Syrbe (Landrätin Ostvorpommern, DIE LINKE.), Kerstin Liebich (Staatssekretärin für Arbeit in der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, DIE LINKE.), Knut Mildner-Spindler (Bezirksstadtrat für Gesundheit, Soziales und Beschäftigung in Friedrichshain-Kreuzberg, DIE LINKE.), Andrea Möllmann (Projektleiterin Gemeinde-Dolmetscherdienst)

Ort: Berlin, Berliner Abgeordnetenhaus (Raum 311) in 10111 Berlin, Niederkirchnerstraße 5

Zeit: 10.00 – 15.00 Uhr

Rückmeldung an: marianne.linke@web.de, Tel.: 0163 796 2970

Vorankündigung

7. November 2008

Konferenz der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der LINKEN 2008

Berlin, genauer Veranstaltungsort und Ablauf werden noch bekannt gegeben

2. Parlamentarische Initiativen

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Public Private Partnership im Bildungsbereich

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/090/1609044.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Rechtsextreme Aufmärsche im I. Quartal 2008

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609268.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Wirksame Begrenzung des CO₂-Ausstoßes neuer Pkw

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/093/1609307.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Mobilfunkstrahlung minimieren – Vorsorge stärken

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/094/1609485.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Gleichstellung der Geschlechter in der Privatwirtschaft durch wirksame gesetzliche Regelungen fördern

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/094/1609486.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Wohnungslosigkeit vermeiden – Wohnungslose unterstützen

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/094/1609487.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Die eigenständige Existenzsicherung von Stiefkindern sicherstellen

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/094/1609490.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Verstöße gegen den Mindestlohn im Baugewerbe wirksam bekämpfen

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/095/1609594.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Effektiven Diskriminierungsschutz verwirklichen

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/096/1609637.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/097/1609701.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Armut trotz Arbeit vermeiden – Benachteiligung Alleinerziehender beim Kinderzuschlag beenden

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/097/1609746.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Cannabis zur medizinischen Behandlung freigeben

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/097/1609749.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Für eine qualitätsgesicherte und flächendeckende Arzneimittelversorgung – Versandhandel auf rezeptfreie Arzneimittel begrenzen

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/097/1609754.pdf>

3. Themen

3.1. Demokratie

Abschaffung des Widerspruchsverfahrens - Öffentliche Hand spart auf Kosten der Bürger

Den "Abbau von Bürgerrechten" beklagen namhafte Juristen und Verwaltungsexperten, nachdem in mehreren Bundesländern das Widerspruchsverfahren abgeschafft wurde, zuletzt im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen. "Es findet eine Erosion des Rechtsstaates statt. Die Möglichkeiten des Bürgers, sich zur Wehr zu setzen, werden schleichend immer geringer. Das führt dann letztlich auch dazu, dass das Vertrauen in den Rechtsstaat beim Bürger langsam aber sicher schwindet", erklärt der Präsident des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichtes, Herwig van Niewland.

<http://www.presseportal.de/meldung/1220589/>

<http://frontal21.zdf.de/ZDFde/download/0,6753,7004958,00.pdf>

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26726/1.html>

Datenbank der Hamburger Bürgerschaft

Die Hamburger Bürgerschaft wird transparenter: In der Datenbank kann direkt nach der individuellen Fragestellung recherchiert werden. Die gefundenen Dokumente und Informationen zum parlamentarischen Ablauf können am Bildschirm aufgerufen, angesehen, gespeichert und ausgedruckt werden.

<http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/>

3.2. Daseinsvorsorge

Netzwerk UNSER Wasser

Im Netzwerk kooperieren Umweltverbände, Arbeitnehmerorganisationen, Stadt- und Wasserwerke, Wasser- und Abwasserverbände, Kirchen und weitere Interessierte. Ziel ist der Schutz des Wassers vor Privatisierung und Liberalisierung. Das Netzwerk wird koordiniert von der Bundeskontaktstelle Wasser der GRÜNEN LIGA Berlin.

Diese Webseite dient der Information betroffener Bürger und der Vernetzung mit Initiativen anderer Gemeinden. Dazu wurden Hintergrundartikel geschrieben oder verlinkt und es wird auf Aktionsmöglichkeiten hingewiesen. Die Erfahrungen von Initiativen anderer Orte sollen hier gesammelt und verbreitet werden.

<http://www.unser-wasser.de/>

Aktionsbündnis „Rettung der Krankenhäuser“

Ein Bündnis aus Gewerkschaften, Ärzten und Kommunen will die Regierung zu Hilfen für die finanziell angeschlagenen Kliniken drängen. Der Zusammenschluss aus DKG, ver.di, Deutscher Städtetag, MB, BÄK, dbb, VKD, VKA und Deutscher Pflegerat schreibt in seinem gemeinsamen Aufruf:

„Wir fordern gemeinsam und mit Nachdruck von den politisch Verantwortlichen:

- Stoppt die Kürzungen
- Weg mit dem Deckel auf die Krankenhausbudgets
- Ausgleich für steigende Energie- und Sachkosten
- Gegenfinanzierung der Tariflohnsteigerungen
- Mehr Geld für Arbeitsplätze und Nachwuchssicherung.“

<http://www.arzt.de/page.asp?his=1.144.6503.6509>

<http://de.reuters.com/article/domesticNews/idDEKOE54847820080625>

http://www.verdi.de/nachrichten/newsArchive?channel=nachrichten&id=unikliniken_treiben_regionale_beschaeftigung_voran

<http://www.staedtetag.de/10/pressecke/pressdienst/artikel/2008/06/25/00554/index.html>

3.3. Kommunalfinanzen

Finanz- und Schuldenreport 2008

Bertelsmanns stellt den Kommunalen Finanz- und Schuldenreport für 2008 im Ländervergleich vor. Er liefert als länderübergreifender Report einen ersten empirischen Einstieg in den Kommunalvergleich, indem er über die Ebene der Länder die Schulden und die finanzielle Situation der Kommunen darstellt. Neben den üblicherweise dargestellten Schulden der kommunalen Kernhaushalte werden zusätzlich die Kassenkredite sowie die mittelbaren Schulden der ausgelagerten Aufgabenbereiche der Gemeinden und Gemeindeverbände erfasst. Und selbst Bertelsmann stellt in seinem Resümee fest, dass der Verkauf des kommunalen Tafelsilbers nur begrenzt möglich ist, irgendwann mal ein Ende findet und daher keine Dauerstrategie zur Haushaltskonsolidierung ist.

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-0A000F0A-9FE07A75/bst/xcms_bst_dms_24887_2.pdf

Gewerbsteuer nicht im Rahmen der Förderalismusreform durch die Hintertür abschaffen

Der Deutsche Städtetag sorgt sich um die Zukunft der Gewerbesteuer. Sein Präsident Christian Ude, wandte sich im Gespräch mit der Nachrichtenagentur AP nachdrücklich gegen Überlegungen aus der Föderalismuskommission, die Gesetzgebungskompetenz für sie und die Grundsteuer an die Länder zu übertragen. Der Münchner Oberbürgermeister sprach von undurchdachten Vorschlägen. Es dürfe auf keinen Fall so weit kommen, dass die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen am Ende durch die Hintertür abgeschafft werde, warnte der Städtetagspräsident.

<http://www.staedtetag.de/10/presseecke/pressediens/artikel/2008/07/03/00556/index.html>

3.4. Öffentliche Auftragsvergabe

Tarifautonomie unter EuGH-Beschuss – Handlungsmöglichkeiten für LINKE und Gewerkschaften – ein Beitrag von Ulla Lötzer

Im Januar hieß es noch: Auf Landesebene gibt es vor allem mit dem Berliner Vergabegesetz Erfolge zu verbuchen, auf Bundesebene bewegt sich nichts. Ein halbes Jahr sieht die Sache anders aus: Durch das EuGH-Urteil gegen die niedersächsische Tariftreueverpflichtung wurden die Erfolge auf Länderebene zunichte gemacht.

<http://www.ulla-loetzer.de/serveDocument.php?id=117&file=4/f/cf1.pdf>

Bundesregierung plant Klarstellung der interkommunalen Zusammenarbeit bei öffentlichen Aufträgen

Der Vorschlag für ein Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts umfasst eine neu gefasste Definition des „öffentlichen Auftrags“. Damit tritt die Bundesregierung der bisherigen Rechtsprechung einiger Oberlandesgerichte entgegen. Sie sahen die kommunale Zusammenarbeit als einen dem Vergaberecht unterworfenen Vorgang an. (Seite 2-3 des Nachrichtendienstes des VKU) Der Gesetzesentwurf wird zurzeit im Bundesrat diskutiert und soll Ende des Jahres im Bundestag verabschiedet werden.

<http://www.vku.de/vkuGips/VKU/vku.de/VKU->

[Nachrichtendienst/VKU_Nachrichtendienst/Nachrichtendienst_714_e.pdf](http://www.vku.de/vkuGips/VKU/vku.de/VKU-Nachrichtendienst/VKU_Nachrichtendienst/Nachrichtendienst_714_e.pdf)

3.5. Soziales und Gesundheit

Berufliche Weiterbildung von Erwerbslosen im Rechtskreis SGB II

In welcher Höhe die einzelnen ARGEN Mittel für die Weiterbildung von ALG II – Beziehenden verausgabt haben, kann man der Antwort auf eine schriftliche Frage von Kornelia Möller entnehmen. Die Antwort ist auf den Seiten 28-35 zu finden.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/095/1609554.pdf>

Empfehlungen für die Gewährung von Leistungen für Unterkunft und Heizung

Das Präsidium des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. hat am 18. Juni 2008 Empfehlungen zu den Leistungen für Unterkunft und Heizung im SGB II (§ 22) beschlossen. Anliegen ist es bundeseinheitliche Kriterien für die Gewährung dieser Leistung zu finden und damit den Trägern Empfehlungen für die Ausgestaltung ihrer Richtlinien und Verwaltungsanweisungen zu geben.

<http://www.harald->

[thome.de/media/files/Dies%20und%20das/Kosten_der_Unterkunft_Juni_2008.pdf](http://www.harald-thome.de/media/files/Dies%20und%20das/Kosten_der_Unterkunft_Juni_2008.pdf)

Fünf Jahre Hartz-Gesetze

Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist am 1.7.08 ein Sammelband zu diesem Thema erschienen. Die HerausgeberInnen Jürgen Kluthe und Sandra Kotlenga haben AutorInnen gewonnen, die aus verschiedenen Perspektiven die Wirkungen der Hartz-Gesetze analysieren und Perspektiven resp. Alternativen entwickeln. Zu den AutorInnen gehören Gerhard Bäcker, Andrej Holm, Christoph Butterwegge, Katja Kipping und Gisela Notz.

<http://webdoc.sub.gwdg.de/univerlag/2008/hartzreform.pdf>

Ausgewählte Ergebnisse der Anhörung Rechtsprobleme des SGB II

Ist Hartz IV verfassungswidrig?

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7777138029.pdf>

BSG – Entscheidung zur Krankenhausverpflegung

Das BSG hat am 18. Juni zur Anrechnung der Krankenhausverpflegung entschieden und die Anrechnung nach alter Rechtslage (bis Ende 2007) für rechtswidrig erklärt und hinsichtlich der neuen Rechtslage (ab 2008) „erhebliche Bedenken“ angemeldet. Die Entscheidung des BSG ist ein erster kleiner Erfolg. Damit wurde dem rechtswidrigen Handeln der SGB II-Leistungsträger ein Riegel vorgeschoben. Für einige Betroffene kann es voraussichtlich zu Rückzahlungen kommen. Konkrete Erläuterungen hierzu unter:

<http://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2008/Krankenhausaufenthalt2.aspx>

Schulmaterialien und Einschulung

Die Schuljahresbeginn- und Einschulungskosten stehen wieder auf der Tagesordnung, dazu hat Erwin Denzler für die Tachelesseite einen kurzen Aufsatz und Musterantrag geschrieben. Mit diesem sehr gut ausgearbeiteten Antrag soll eine juristische Presche geschlagen werden wie diese Materialien sozusagen im Vorgriff auf die wohl kommende Regelung schon durchgesetzt werden können. Bitte verbreitet die Materialien bundesweit!

<http://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2008/Schulkosten.aspx>

3.6. Klimaschutz

400-Millionen-Programm zum Klimaschutz

Das Bundesumweltministerium fördert mit vier neuen Programmen Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien in der Wirtschaft, den Kommunen sowie der Verbraucher und Verbraucherinnen. In diesem Jahr stehen dafür bis zu 400 Millionen Euro aus dem Verkauf der CO₂-Emissionsrechte zur Verfügung. 280 Millionen Euro werden für nationale Maßnahmen verwendet, 120 Millionen Euro fließen in internationale Projekte.

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/41830.php

Konferenz „Perspektiven des kommunalen Klimaschutzes“

Die durch das BMU sowie durch die kommunalen Spitzenverbände veranstaltete Fachkonferenz befasste sich vor über 300 meist kommunalen Vertretern mit den Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten des kommunalen Klimaschutzes.

Die gemeinsame Pressemitteilung von BMU und den kommunalen Spitzenverbänden sowie eine gemeinsame „Politische Erklärung“ des BMU und der kommunalen Spitzenverbände „Global denken, lokal handeln“ mit einem Zehn-Punkte-Papier stehen unten zum Download bereit.

http://www.dstgb.de/homepage/kommunalreport/erfolgreiche_konferenz_perspektiven_des_kommunalen_klimaschutzes_in_berlin_durchgefuehrt/index.html

3.7. Umwelt und Energie

Ökonomische Bewertung von Umweltschäden

Durch die praktische Anwendung der Methodenkonvention können externe Umweltkosten bei Wirtschaftlichkeitsrechnungen von öffentlichen Investitionen berücksichtigt werden. Dies ist das Ergebnis umfangreicher Diskussionen im Umweltbundesamt mit politischen Entscheidungsträgern und Wissenschaftlern.

<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3193.pdf>

<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3194.pdf>

Marburg führt als erste deutsche Stadt Solarpflicht für Gebäude ein

Als erste deutsche Kommune will das mittelhessische Marburg thermische Solaranlagen auf allen Häusern der Stadt zur Pflicht machen. Dies soll heute Abend im Parlament der 80 000-Einwohner-Stadt beschlossen werden. Die Zustimmung des Parlaments, in dem SPD und Grüne eine Mehrheit haben, gilt als sicher. Demnach müssen sich die Bürger ab 1. Oktober thermische Solaranlagen anschaffen, sobald sie ein neues Haus bauen, die Heizungsanlage austauschen, ein Gebäude erweitern oder ein Dach sanieren. Die Solarpflicht ist in der Stadt heftig umstritten. DIE LINKE in Marburg arbeitet schon seit langem zu diesem Thema

<http://www.die-linke-marburg.de/>

<http://www.ardmediathek.de/ard/servlet/content/686070>

Perspektiven dezentraler Infrastrukturen im Spannungsfeld von Wettbewerb, Klimaschutz und Qualität

Welche nachhaltigen Perspektiven sich aus diesem Spannungsfeld entwickeln lassen, das war Gegenstand der Forschungspartnerschaft zwischen dreizehn kommunalen Unternehmen der Ver- und Entsorgungsbranche und dem Wuppertal Institut in Kooperation mit dem Verband Kommunaler Unternehmen (VKU), dem Verband kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (VKS im VKU) und der Arbeitsgemeinschaft für sparsame Energie- und Wasserverwendung im VKU (ASEW). Auf dem Kongress am 27. Mai 2008 in der Kongresshalle Heidelberg wurden die Ergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt.

Eine Pressemitteilung und die Kurzfassung der Ergebnisse der Forschungspartnerschaft unter:

<http://www.infracultur.de/>

Altpapierentsorgung

„Vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung verschiedener Oberverwaltungsgerichte, wonach Kommunen privaten Entsorgungsunternehmen die gewerbliche Sammlung von Altpapier nicht untersagen dürfen, warnt der Deutsche Städte- und Gemeindebund vor einer schleichenden Aushöhlung sowie einer Privatisierung der kommunalen Entsorgungshoheit.“

Aktuelle Beschlüsse: Niedersächsische OVG vom 1.7.2008, Az: 7 ME 90/08 u. a. und das Sächsische OVG vom 27.6.2008, Az:4 B 193/08 und Urteil des OVG Schleswig vom 22.4.2008, Az: 4 LB 7/06. Aktuell hat die Stadt Hannover den privaten Entsorgungsunternehmen keine Genehmigung erteilt, die Tonnen im öffentlichen Raum bereitzustellen. „Der Antrag ist zu pauschal gestellt“ begründet der Baudezernent die Absage.

<http://www.dbovg.niedersachsen.de/Entscheidung.asp?Ind=0500020080000907%20ME>

http://www.dstgb.de/homepage/pressemeldungen/dstgb_haeuserkampf_ist_unsinnig_gesetzesaenderung_erforderlich/index.html

3.8. Verkehr

Sozialticket für Weimar

Die Fraktionen der Linkspartei, der SPD und der GRÜNEN setzen sich im Rat für eine Wiedereinführung von Sozialtickets im Nahverkehr der Stadt Weimar ein. Ziel ist es, allen Menschen in unserer Stadt, die zur Bestreitung ihres Lebensalltages auf staatliche Unterstützung im Sinne von 2. Buch Sozialgesetzbuch (ALG II; so genannte Aufstocker; Senioren in Altersarmut) angewiesen sind, Vergünstigungen im Nahverkehr anzubieten. Diese Vergünstigungen sollen für Wochen- und Monatskarten für die Weimarer Stadtbusse gelten. Zur Stadtratssitzung am 11.06.08 haben die drei Fraktionen eine Anfrage zu Sozialtickets für den Stadtbusverkehr gestellt.

http://www.frank-spieth.de/dielinke/downloads/sk_02-2008.pdf

3.9. Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung

Bielefeld – Kooperative Stadtentwicklung - Internetforum

Initiator des Forums ist die Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft (kurz: BGW). Das mehrheitlich kommunale Unternehmen übernimmt in Bielefeld vor allem folgende Funktionen: Die Bewirtschaftung des Wohnungsbestandes sowie öffentlicher und sozialer Einrichtungen und die Siedlungsplanung zählen zu den Schwerpunkten.

Zum Thema „Kooperative Stadtentwicklung“ hat die BGW im April 2005 eine Kongressreihe gegründet und mit veranstaltet. Am 29. / 30. Oktober 2008 finden bereits die vierten "Bielefelder Stadtentwicklungstage" statt.

<http://www.kooperative-stadtentwicklung.de/>

Altersgerechtes Wohnen

Den speziellen Wohnbedürfnissen alter Menschen sollen Empfehlungen gerecht werden, die in der Broschüre „Wohnen im Alter – am liebsten zu Hause“ vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zusammengestellt worden sind. Sie ist abrufbar per eMail unter: buergerinfo@bmvbw.bund.de

Gute Beispiele im Umgang mit Werbe-, Gestaltungs- und Sondernutzungssatzungen

In zahlreichen Orten wird das Stadtbild dadurch gestört, dass Händler versuchen, mit individueller Gestaltung, prägnanten Werbehinweisen und ausgefallenen Gestaltungselementen die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Die Studie gibt einen Überblick, wie Städte und Händler diesem Problem begegnen und auf eine gemeinsame Positionierung hinwirken können.

http://www.dssw.de/fileadmin/repository_redakteure/downloads/DSSW-Materialien/2008/2008-gestaltungsvorgaben.pdf?PHPSESSID=684c55be4ee6f939bc4884ac951ffde

4. Veranstaltungen

10. - 12. September

Kongress – Ressourcen der Stadt

Veranstalter: Stiftung Lebendige Stadt

Ort: Dresden

Info: <http://www.lebendige-stadt.de/de/veranstaltungen/symposium2008/index.htm>

23. September 2008

Fachtagung: Von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zur lokalen Aktion

Veranstalter: ISW Institut für Städtebau und Wohnungswesen München, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Akademie Frankenwarte Würzburg

Ort: Würzburg

Info:

http://www.bbr.bund.de/cln_005/nn_22702/DE/NeuesTermine/VeranstaltungenWissBereich/Programme2008/2008_StadtentwicklungspolitikWuerzburg_info.html#doc280090bodyText2

10. Oktober 2008

Wohnen in der Stadt - Strategien der Stadtentwicklung

Veranstalter: Fachhochschule Erfurt

Ort: Erfurt

Info: eizenhoefer@fh-erfurt.de

10. und 11. Oktober

"Major cities and the planning for the future - possibilities and problems - social challenges"

Veranstalter: GUE/NGL

Ort: Stockholm

Info: <http://www.quengl.eu/showPage.jsp?ID=6296&PR=0>

24./25. Oktober 2008

KlimaKommunal - Aufbruch ins klimaneutrale Zeitalter -

Kommunalpolitischer Bundeskongress

Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung

Ort: Stadthalle Münster-Hiltrup, Westfalenstraße 197, Münster

Anmeldung ab September 2008 unter www.boell.de

7.-8. November 2008

Gemeinwesen gestalten – Lernen für nachhaltige Entwicklung

Veranstalter: Hochschule München

Ort: München

Info: http://www.sozialestadt.de/termine/2008-11-07_muenchen_programm.pdf (Anmeldung bis 1.8.2008)

5. Veröffentlichungen

Das Primat der Mittelmäßigkeit - Politische Korruption in Deutschland

Imke Röhl

Reihe: Politikwissenschaft, Bd. 153, 352 S., 2007, ISBN: 978-3-8258-0720-7

Kurzbeschreibung: Das Buch ist vor allem aber auch geeignet, kritischen Bürgern und Mitwirkenden der "politischen Klasse" wirkungsvoll zu vermitteln, wie destruktive Erscheinungen wie Bereicherung, Parteisoldatentum und unkluge politische Entscheidungen langfristig abzuwenden sind. Es liefert Beurteilungskriterien zur besseren Rekrutierung von Amtsinhabern.

2013 - Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz: Was kommt auf die Kommunen zu? - Dokumentation des Brennpunkt-Seminars zum Thema Kindertagesbetreuung am 9. Oktober 2007 in Berlin - eine gemeinsame Veranstaltung von Difu, DST und AGFJ

Hrsg. von Klaus J. Beckmann und Kerstin Landua

Difu-Impulse, 2008, Band 5\, 74 Seiten\, Preis Euro 15,- ISBN: 978-3-88118-455-7

Kurzbeschreibung: Dieser Band dokumentiert Beiträge und Statements von hochrangigen Vertretern aus Wissenschaft, Politik und kommunaler Praxis anlässlich eines Difu-Brennpunktseminars zum Thema. Die Experten entwickeln dabei aus unterschiedlichen Perspektiven Vorschläge und Empfehlungen für den Gesetzgeber in Bezug auf den Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige.

Attraktive Stadtquartiere für das Leben im Alter

Gabriele Steffen, Dorothee Baumann, Antje Fritz

120 S., ISBN: 978-3-8167-7418-1

Kurzbeschreibung: Die alternde Gesellschaft ist in aller Munde. Sind unsere Städte und Gemeinden darauf eingestellt? Was ist für ein gutes Leben im höheren Alter wichtig, welche Quartiere bieten dazu die geeigneten Bedingungen? Die Studie greift die Erfahrungen von Projekten auf, durch die Quartiere unterschiedlichen Typs besser an die Anforderungen Älterer angepasst wurden.

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in städtische Arbeitsmärkte

Simone Plahuta

Reihe: Wirtschaftsgeographie, Bd. 42, 288 S., 2007, ISBN: 978-3-8258-0521-0

Kurzbeschreibung: Menschen mit Migrationshintergrund leben häufig in Großstädten. Dort wird ihr Anteil voraussichtlich weiter zunehmen. Gleichzeitig konzentrieren sie sich auf Branchen, die sich durch geringe Einkommen, schlechte Arbeitsbedingungen und im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels durch Arbeitsplatzabbau auszeichnen. Aus dieser Kombination heraus steigt die Gefahr der sozialen Ausgrenzung für eine zunehmend größer werdende städtische Bevölkerungsgruppe. Diese Arbeit untersucht Struktur, Dynamik und Perspektiven der beruflichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in einem großstädtischen Raum und erörtert die gesellschaftlichen Konsequenzen.

6. Personalien – Linke Mandate

Chemnitz: Bereits zweites Bürgermeisteramt für DIE LINKE

Der parteilose Jurist Miko Runkel ist ab 1. August 2008 ein neuer Bürgermeister der kreisfreien Stadt Chemnitz (Sachsen). Er wurde durch den Stadtrat am 11. Juni 2008 auf Vorschlag der LINKEN - und unterstützt von der CDU-Fraktion - für sieben Jahre als Bürgermeister und Beigeordneter für das neue Dezernat 3 gewählt. Die LINKE unterstützte im Gegenzug die Wiederwahl der CDU-Bürgermeister und Beigeordneten für die Dezernate 1 (Allgemeine Verwaltung) und 2 (Kämmerei). Bereits seit Januar 2005 ist Heidemarie Lüth (DIE LINKE) Bürgermeisterin und Beigeordnete für das Dezernat 5 (Kultur, Soziokultur, Ausländerbeauftragter, Familien- und Jugendfragen, Kindertagesstätten, Sozialangelegenheiten, Gesundheitsfragen, Senioren, Behindertenprobleme, Breiten- und Leistungssport, Lebensmittelüberwachungs- und Veterinärwesen).

Magdeburg: Zum ersten Mal Linker Beigeordneter

In das Amt des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit wählte der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 3. Juli 2008 mehrheitlich im ersten Wahlgang den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN Hans-Werner Brüning. Er ist für sieben Jahre gewählt und tritt sein Amt am 1. Januar 2009 an.

LINKE erfolgreich bei Wahlen am 22. Juni 2008 in MVP und Sachsen

- **Rügen: Wählerinnen und Wählern honorierten Arbeit der linken Landrätin**
Kerstin Kassner (DIE LINKE), Landrätin auf der Insel Rügen (Mecklenburg-Vorpommern), wurde am im ersten Wahlgang wiedergewählt. Es gab Kandidaten von CDU, SPD und FDP. Sie hat im ersten Wahlgang 68,3 Prozent erzielt - und das im Merkel-Wahlkreis.
 - **Sassnitz: Linker Bürgermeister das zweite Mal wiedergewählt**
Dieter Holtz hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt Sassnitz auf Rügen ist schon das zweite Mal wiedergewählt worden. Seit 1994 im Amt hat er dieses Mal 77,9 Prozent erzielt.
 - **Borna: Erste Oberbürgermeisterin der LINKEN**
Simone Luedtke ist die ersten weibliche Oberbürgermeisterin der Partei DIE LINKE. In der sächsischen Stadt Borna stimmten 60,9 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die Fraktionsvorsitzende im Stadtrat. Amtsantritt ist der 1. August 2008. Bislang stellt DIE LINKE mit Volkmar Dittrich (Werdau), Andreas Henke (Halberstadt) und Fritz-Dieter Kupfernagel (Sangerhausen) nur männliche OBs.
 - **Werdau: Oberbürgermeisteramt bleibt bei der LINKEN**
Nachfolger von Oberbürgermeister Volkmar Dittrich der Stadt Werdau (Sachsen) wird ab 1. August 2008 Ralf Tittmann, Fraktionsvorsitzender des Kreistages und Mitglied des Stadtrates Werdau. Er erreichte 39,9 Prozent der Stimmen. Erstmals ist damit gelungen, dass ein Oberbürgermeister der LINKEN, der aus Altersgründen ausscheidet, durch einen Kandidaten der LINKEN abgelöst wird.
 - **Lugau: CDU-Amtsinhaber abgewählt**
Die Lugauerinnen und Lugauer im sächsischen Erzgebirge haben den Wechsel gewählt. Was sich im ersten Wahlgang angedeutet hatte, wurde im zweiten mit 45 Prozent bestätigt: Der CDU-Amtsinhaber ist abgewählt, Thomas Weikert (DIE LINKE) wird am 1. August für die nächsten sieben Jahre hauptamtlicher Bürgermeister. 2004 wurde er in den Kreistag Stollberg und in den Stadtrat Lugau gewählt.
 - **Kitzscher: Gemeinsamer Kandidat zieht ins Rathaus ein**
Der gemeinsame Kandidat der Freien Wähler, SPD und der LINKEN in Kitzscher (Sachsen, Kreis Leipzig), Maik Schramm (Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler) wurde mit 43 Prozent der Stimmen zum neuen hauptamtlichen Bürgermeister gewählt.
-

7. Kontakte

Katrin Kunert
Kommunal- und sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag
Tel.: 030 227 74488
Fax: 030 227 76489

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin
Mail: katrin.kunert.@bundestag.de

Dr. Petra Brangsch
wiss. Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Katrin Kunert
Tel.: 030 227 74490
Fax: 030 227 76489
Funk: 0172 3124439

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin
Mail: katrin.kunert.ma02@bundestag.de

Dr. Manfred Klaus
Referent für Regional- und Kommunalpolitik
Tel.: 030 227 55110
Fax: 030 227 56413

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin
Mail: manfred.klaus@linksfraktion.de

Felicitas Weck
Referentin Bund-Länder-Koordination
Tel.: 030 227 52114
Fax: 030 227 56411

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin
Mail: felicitas.weck@linksfraktion.de